

Rosemarie Hein

Sofortinformation zur Telefonkonferenz des Stadtvorstandes am 20.04.2020

In fast drei Stunden verständigte sich des Stadtvorstand mit den zugeschalteten Ortsvorsitzenden und weiteren Genoss*innen über die aktuelle Lage und anstehende Aufgaben. Zu Beginn wurde die Tagesordnung und das Protokoll der vorangegangenen Sitzung bestätigt.

Dann verständigten sich die teilnehmenden Genoss*innen über ihre Lage und die Sicht auf die Dinge.

Gesundheitlich ging es allen gut. Artikuliert wurde die Unsicherheit, Mundschutz zu bekommen. Angst gibt es vor einer zweiten Infektionswelle, insbesondere nach den ersten Lockerungen, die auch zu mehr Nachlässigkeit im Umgang führen. Beklagt wurde die Einschränkung demokratischer Freiheiten. Gleichzeitig ist der Anstieg der Konservativen in den Wahlumfragen bezeichnend und ein Ausdruck dafür, dass linke Mehrheiten in absehbarer Zeit immer unwahrscheinlicher werden. Die Ebenen der politischen Arbeit werden bei der Krisenbewältigung durch die Regierenden nicht hinreichend beachtet. Das kann zu einem Verlust demokratischer Mitsprachemöglichkeiten führen. Vielen Mitgliedern fehlt die Möglichkeit sich treffen und beraten zu können.

Im TOP 3 wurde die Kommunikation innerhalb der Ortsverbände und mit den Mitgliedern ausgewertet

Es wurde noch einmal betont, dass die Kommunikation vor allem über Mails und Telefonate erfolgt. Mehrere Ortsvorsitzende äußerten die Absicht, sich intensiver auch telefonisch mit Mitgliedern auszutauschen. Es gibt keinen verlässlichen Überblick, welche Mitglieder durch die digitale Kommunikation nicht erreicht werden können. In den meisten OV und BO's liegt die Arbeit im Wesentlichen auf Eis. Das gilt auch für den Jugendverband.

Es wurde die Bitte geäußert, zu prüfen, wer im eigenen OV/der eigenen BO nicht über digitale Medien erreichbar ist. Für sie sollte die Mitgliederzeitung „Links uns Aktuell“ ausgedruckt und über Briefkasten zugestellt werden. Besondere Probleme bereitet die Kommunikation im Bereich Altstadt, wo keine OV-Struktur mehr vorhanden ist und ebenso in einigen südlichen Stadtgebieten. Dort ist mangels Ansprechpartner*innen auch keine Zustellung von Ausdrucken möglich. Auch der Zugang zu Adressen bereitet noch Schwierigkeiten.

Im TOP 4 verständigten wir uns über Möglichkeiten politische Themen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Es wurde festgestellt, dass die Ideen, die als „Exitstrategie“ in vorangegangenen Verständigungen schon beraten worden sind, derzeit noch nicht umgesetzt werden können. Es ist aber notwendig, Inhalte für ein politisches Agieren jetzt und nach der Corona-Krise schon jetzt zu erarbeiten. Zum Beispiel wurden die Fenster des Wahlkreisbüros aus Anlass des 1. Mai neu gestaltet und solche Gestaltungen auch künftig für den Transport politischer Botschaften genutzt werden. Ein Vorschlag war, dass auch jedes Mitglied, das im Erdgeschoss wohnt, das auch aus seiner Wohnung heraus leisten kann. Die Stadtratsfraktion informierte darüber, dass es eine Anfrage der LINKEN Stadtratsfraktion zur Kindeswohlgefährdung gibt. Es wurde über Defizite beim Schutz von Arbeitnehmer*innen und im Betreuungsbereich berichtet und es gab die Bitte, die Abstimmungsergebnisse der digitalen Stadtratssitzung zugänglich zu machen.

Wir haben uns auch über die weitere Arbeit zur Vorbereitung der Landtags- und Bundestagswahlen verständigt.

Es lag ein Beschlussentwurf zur Aufgabenbeschreibung für das Stadtwahlbüro vor. Er wurde mit Ergänzungen beschlossen. Über die personelle Besetzung des Wahlbüros wird nach weiteren Gesprächen entschieden. In jedem Fall sollen die Ortsverbände im Wahlbüro vertreten sein.

Zur Kandidat*innenfindung in den vier Direktwahlkreisen für die Landtagswahl sollen mit den beteiligten OV/BO vier Minitelkonferenzen durchgeführt werden. Das wird sich in Altstadt und den anderen derzeit nicht eingebundenen Stadtteilen als schwierig erweisen.

Wir verständigten uns über die nächsten Aktivitäten und Termine.

Zum 8. Mai soll es einen Videodreh geben, der zum Jahrestag online gestellt wird. Petra Pau wird dazu einen Einspieler liefern. Wenn es möglich ist, soll trotzdem am 8. Mai selbst ein Gebinde am Nordfriedhof abgelegt werden.

Wir gehen davon aus, dass der Bundesparteitag nicht stattfinden wird. Ein Stadtparteitag wird darum vorerst auch nicht nötig sein. Die eingegangenen Anträge werden nach Maßgabe der Möglichkeiten und der Sinnhaftigkeit angesichts der Krisensituation in die Arbeit des Stadtverbandes einfließen.

Der Sommerempfang am 5.6. und das dazu geplante Kinderfest am Nachmittag werden nicht stattfinden. Wir werden über einen anderen Termin und ein anderes Veranstaltungsformat im zweiten Halbjahr nachdenken.

Wir verständigten uns auch über Möglichkeiten einer besseren Öffentlichkeitsarbeit.

Der Stadtvorstand hatte sich schon vor längerer Zeit vorgenommen, die Kommunikation mit der Öffentlichkeit über eine Zeitung, die nicht nur an Mitglieder verteilt wird, zu verbessern. Einen ersten Versuch dazu soll es bis August geben. Die Auflage dieser Zeitung soll zunächst 2.000 Stück betragen und acht Seiten umfassen.

Mitgliederbeiträge in Ordnung bringen.

Es gibt immer noch eine erhebliche Zahl von Mitgliedern, die mehr als ein halbes Jahr keinen Beitrag gezahlt haben. Das haben wir in Vorbereitung auf den Stadtparteitag am 28.03. überprüft. Wir werden in den nächsten Wochen die beitrags säumigen Mitglieder anschreiben um eine Klärung zu erreichen.